

Teilhabeplanung der Stadt Rosenheim

Arbeitsgruppe Verkehr

Arbeitsgruppentreffen am 22.11.2012, 19.00-21.00 Uhr im Hans-Schuster-Haus

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Kurze Vorstellung des Teilhabeplanungsprojekts
3. Wer sollte noch in der Arbeitsgruppe mitmachen?
4. Was ist als gute Praxis festzuhalten? Welche Fragen müssen beantwortet bzw. welche Probleme müssen in Bezug auf die Teilhabe gelöst werden? Welche Maßnahmen können die Teilhabe verbessern?
5. „Hausaufgabe für die nächste Sitzung“
6. Nächster Sitzungstermin

Teilnehmer/-innen:

Baumann, Franz; Stadtrat
Dieckhoff, Katharina; BASIS-Institut Bamberg
Freimuth, Martin; Privatperson
Gerlmaier, Friedrich; Bayerischer Blindenbund
John, Michael; BASIS-Institut Bamberg
Klupp, Wolfgang; Stadt Rosenheim Wohnungsamt
Meixner, Christian; Stadt Rosenheim Sozialamt
Stein, Hans Joachim; Stadt Rosenheim Tiefbauamt

Begrüßung

Herr John, Geschäftsführer des BASIS-Instituts Bamberg, begrüßt die Teilnehmenden und stellt sich kurz vor. Anschließend bittet er darum, dass sich jeder Teilnehmende kurz mit Namen und soweit zutreffend mit Organisationszugehörigkeit vorstellt.

Kurze Vorstellung des Teilhabeplanungsprojekts

Mit der Begleitung des Teilhabeprojektes ist von der Stadt Rosenheim und vom Landkreis Rosenheim das BASIS-Institut in Bamberg beauftragt worden. Ziel des Projektes ist es nach ca. 12 Monaten sowohl für die Stadt Rosenheim als auch für den Landkreis Rosenheim je einen Teilhabeplan erarbeitet zu haben, der den Stand der Teilhabe für Menschen mit Behinderung beschreibt und angibt, wie die Teilhabe kurz- bzw. mittelfristig weiter entwickelt werden soll. Für die Stadt Rosenheim wird der Entwurf des Teilhabeplans von Herrn John vom BASIS-Institut ausgearbeitet und für den Landkreis von Herrn Laupheimer, dem Sozialplaner des Landkreises Rosenheim. Am Schluss des Planungsprozesses werden die Teilhabepläne zur Beschlussfassung dem Rosenheimer Stadtrat bzw. dem Kreistag des Landkreises Rosenheim vorgelegt.

Der Planungsprozess wurde im zweiten Quartal 2012 damit begonnen, dass eine Steuerungsgruppe für die Teilhabeplanung der Stadt Rosenheim und eine Steuerungsgruppe für den Landkreis Rosenheim gegründet wurde. In den Steuerungsgruppen wirken Vertreter der Politik, der Ämter, die Behindertenbeauftragten, Vertreter der Sozialverbände und des Bezirks sowie z.T. Vertreter von Behindertenorganisationen mit. Zu einer Teilhabekonferenz im Juli 2012 für die Stadt Rosenheim und im Oktober 2012 für den Landkreis wurden alle Bürger mit und ohne Behinderung eingeladen. Parallel wurden vom Statistischen Landesamt und vom Bezirk Oberbayern Daten zur Lebenssituation von Menschen mit Behinderung angefragt. Inzwischen liegen umfassende Daten vor. Insbesondere der Bezirk Oberbayern hat dabei Daten in einer Differenziertheit vorgelegt, die weit über das hinausgeht, was an Datenaufbereitungen in bayerischen Bezirken üblich ist. Durch die zur Verfügung gestellten Daten konnte erstmals ein konkreter Blick auf die aus der Stadt bzw. dem Landkreis stammenden Personen, die Leistungen der Eingliederungshilfe des Bezirks beziehen, und auf die Maßnahmen geworfen werden. Es wurden auch mit 15 benannten Experten qualitative Interviews zur Lebenssituation von Menschen mit Behinderung in Stadt und Landkreis geführt. Anfang 2013 soll dann mit einer schriftlichen Befragung die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung weiter beleuchtet werden. Zur Vertiefung der Diskussion wurden inzwischen acht Arbeitsgruppen gebildet, in denen zentrale Themen der Teilhabe diskutiert werden. In der Stadt Rosenheim und im Landkreis wurden je fünf Arbeitsgruppen eingesetzt. Zwei Arbeitsgruppen werden gemeinsam von Stadt und Landkreis Rosenheim betrieben. Die Arbeitsgruppen sollen sich ca. dreimal treffen, um die Situation themenspezifisch zu analysieren und Handlungsvorschläge zu formulieren. In der jeweils letzten Arbeitsgruppensitzung wird ein ausgearbeiteter Textabschnitt als Entwurf für den Teilhabeplan mit den Ergebnissen vorgelegt. In abschließenden Teilhabekonferenzen wird dann der erarbeitete Teilhabeplan vorgestellt und letztmalig Gelegenheit zur Kritik bzw. Ergänzung gegeben.

Wer sollte noch in der Arbeitsgruppe mitmachen?

Es wird angeregt, den Anteil von Menschen mit Behinderung in der Gesprächsrunde dadurch zu erhöhen, dass jeder Teilnehmende der aktuellen Gesprächsrunde versucht, einen Menschen mit Behinderung zur nächsten Sitzung einzuladen.

Was ist als gute Praxis festzuhalten? Welche Fragen müssen beantwortet bzw. welche Probleme müssen in Bezug auf die Teilhabe gelöst werden? Welche Maßnahmen können die Teilhabe verbessern?

Herr John verweist auf die Dokumentation der Teilhabekonferenz der Stadt Rosenheim. Dort findet sich bereits eine Sammlung von Stärken, offenen Fragen und Handlungsvorschlägen. Die Dokumentation ist in Gänze auf den Internetseiten der Stadt abrufbar. Auf der Grundlage eines ausgeteilten Auszugs aus der Dokumentation wird in der Gesprächsrunde das dort gesammelte Material ergänzt und weiter diskutiert.

Herr John erläutert, dass in der gemeinsamen Arbeitsgruppe Freizeit von Stadt und Landkreis im Rahmen der Teilhabeplanung bereits intensiv über das Thema Verkehr diskutiert wurde.

In der Arbeitsgruppe Freizeit wurden bereits folgende Probleme benannt:

- Falsche Höhe der Bürgersteige an Bushaltestellen
- Tlw. Einsatz von Reisebussen statt behindertengerechter Busse
- Fehlende Barrierefreiheit an Bahnhöfen im Landkreis
- Eingeschränkte/fehlende Möglichkeiten, sich nach 21 Uhr zu bewegen (z.B. Teilnahme an Angeboten der VHS)
- AST-Angebot kann von Gehörlosen nicht genutzt werden
- Mobi-Hilfe des Bezirks beträgt 80€ monatlich
 - Reicht nicht für regelmäßige Nutzung von Taxen
 - Kann nur bei Sozialhilfeberechtigung beansprucht werden.
 - Wird nicht gezahlt, wenn in der Familie ein Auto vorhanden ist.
 - Wird nicht gezahlt für alltägliche Erledigungen.

Zusammenfassend kann man festhalten, dass, auch wenn die ÖPNV-Versorgung in der Stadt insgesamt gut ist, der Teufel im Detail steckt. Menschen mit verschiedenen Behinderungen brauchen tlw. unterschiedliche Lösungen. Auch Einzelfälle müssen zum Handeln berechtigen bzw. verpflichten.

Probleme blinder/gehörloser Menschen

- Undeutliche Ansagen/fehlende visuelle Darstellung von Informationen in Stadtbussen
- Auch wenn der Bus an einer Haltestelle nicht hält, muss diese angesagt/angezeigt werden.
- Bei Nullabsenkungen der Bordsteine ist ein Sperrfeld für Blinde notwendig.
- Das Konzept des Shared-Space ist für blinde Menschen völlig ungeeignet.

Probleme gehbehinderter Menschen/Rollstuhlfahrer

- Keine Reisebusse im Schienenersatzverkehr und zur Personenbeförderung in Stadt und Landkreis einsetzen.
- Nach wie vor sind viele Bordsteine zu hoch für Rollstuhlfahrer.

Schulung der Busfahrer

- Stadtwerke versichern, Busfahrer zu schulen, dennoch kommt es nach Schilderungen Betroffener zu unhaltbaren Situationen.
- Bei der Schulung von Taxifahrern durch den Blindenbund haben sich Selbsterfahrungsübungen als erfolgreich erwiesen.
- Vorschlag: dieses Modell auch für Busfahrer und Kommunalpolitiker anwenden. Herr Gerlmeier bietet dafür die Unterstützung des Blindenbundes an.
- Vorschlag: ein Kompetenzteam aus Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen bilden und die Schulung von Busfahrern zum Standard machen.

Ampeln

- Seit der Landesgartenschau gibt es in Rosenheim viele Signalampeln, häufig ist jedoch die Grünphase zu kurz.

- Die Schutzzeit sollte in das akustische Signal integriert werden. Die Schutzzeit muss dabei aber als solche erkennbar sein.
- Wo die Ampelanlagen nachts ausgeschaltet werden, sind Bodenindikatoren notwendig.

Finanzielle Aspekte

- Ergänzung durch bürgerschaftliche Fahrdienste sollte geprüft werden.
- Eine vollständige Abdeckung des Bedarfs durch Angebote der Wohlfahrtsverbände ist dauerhaft nicht finanzierbar.
- Herr Meixner: Es gibt bereits Bürgerfahrdienste, die um Angebote für MmB erweitert werden könnten.
- Es gibt eine Mitfahrzentrale, die auch MmB offensteht.
- Das Mehrgenerationenhaus könnte für die Organisation genutzt werden.
- Durch die Befragung wird sich zeigen, wie der Bedarf an Unterstützung in diesem Bereich ist, davon ausgehend wird nach Möglichkeiten gesucht, die Mobilität von MmB bürgerschaftlich zu unterstützen.

Sonstiges

- Es besteht Bedarf an Informationen über Geschäfte, die telefonische Bestellungen entgegennehmen und nach Hause liefern. Ein Geschäft aus einem Soziale Stadt-Projekt bietet das an.
- Die Stadt Rosenheim hat intern festgeschrieben, dass bei baulichen Neuvorhaben Vertreter von MmB in die Planungen einbezogen werden.
- Anregung: dies sollte auch für Unternehmen verpflichtend sein
- Im Hochbau gibt es keine Verpflichtung für private Bauherren, barrierefrei zu bauen.
- Teilweise ergeben sich aus einer barrierefreien Bauweise Probleme mit dem Überflutungsschutz
- Der Tiefbau der Stadt Rosenheim wünscht sich konkrete Beispiele für Verbesserungsbedarf, um gezielt reagieren zu können.
- Im Vorfeld der nächsten Sitzung sollte eine Sammlung solcher Beispiele stattfinden.
- Grundsätzlich wird angestrebt, mehr Menschen mit verschiedenen Behinderung in die Arbeitsgruppe zu holen.

Nächster Sitzungstermin

Die Arbeitsgruppe trifft sich erst wieder im März 2013, um die Ergebnisse der Befragung der Menschen mit Behinderung berücksichtigen zu können und den Maßnahmenkatalog zu vervollständigen. An dieser Sitzung sollen dann verstärkt Menschen mit Behinderung mitwirken.

Für das Protokoll

Katharina Dieckhoff und Michael John